Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Austräger und für Auswärtige die Postanstalten entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 43.

Anzeigenpreis: Die 8gespaltene Petitzeile für Anzeigen aus Aue und Umgegend 20 Goldpfennige, auswärtige Anzeigen 25 Goldpfennige, Reklame-Petitzeile 60 Goldpfennige, auswärtige Reklamen 1 Goldmark, amtliche Zeile 50 Goldpfennige.

Telegramme: Tageblatt Auerzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postscheck-Konto Amt Leipzig Nr. 1998

Nr. 216 | Donnerstag, den 16. September 1926 | 21. Jahrgang

Die Locarnoverträge in Kraft.

Genf, 14. September. Die an den Verträgen von Locarno beteiligten Mächte, nämlich Deutschland, England, Frankreich, Italien, Belgien, Tschechoslowakei und Polen, haben heute vormittag im Generalsekretariat des Völkerbundes die Ratifikationsurkunden zu ihren Verträgen niedergelegt.

An dem Akt, der sich im Amtszimmer des Generalsekretärs Sir Eric Drummond vollzog, nahmen teil: für Deutschland Reichsaußenminister Dr. Stresemann, für England der Außenminister Sir Austen Chamberlain, für Frankreich Außenminister Briand, für Italien der erste Delegierte Senator Scialoja, für Belgien Senator de Bouquère, für die Tschechoslowakei Außenminister Dr. Benesch und für Polen der Außenminister Zaleski, die alle von ihren juristischen Sachverwaltern begleitet waren.

Nach Prüfung der verschiedenen Urkunden wurde über deren Niederlegung für jeden einzelnen Vertrag ein besonderes Protokoll angefertigt und von dem jeweils beteiligten Vertreter unterzeichnet. Nach Abschluß dieser Formalitäten richteten die Delegierten gemeinsam ein Telegramm an den Bürgermeister von Locarno.

Mit der Niederlegung der Ratifikationsurkunden sind die Verträge endgültig in Kraft gesetzt worden.

Die Frage der nichtständigen Ratsmitglieder.

Genf, 14. September. In der heutigen öffentlichen Sitzung des Rechtsausschusses der Versammlung, auf deren Entscheidung sich das Interesse im Augenblick konzentriert, wurden die gestern abgefaßten Vorschläge der Unterkommission punktweise durchberaten. Die Sitzung begann um 10.30 Uhr und führte um 12.30 Uhr zur Annahme eines von Loucheur-Frankreich eingebrachten Abänderungsantrages, wonach bei der Abstimmung über die Wiederwählbarkeit von nichtständigen Ratsmitgliedern weiße Stimmzettel überhaupt nicht gezählt werden sollen. Nach dem Abstimmungsbrauch des Völkerbundes bedeuten die weißen Stimmzettel weder ja noch nein, sie hätten aber, wenn sie nach dem Antrag der Unterkommission gezählt würden, die Erlangung der erforderlichen Zweidrittelmehrheit erschwert. Im übrigen sind in dem nunmehr vorliegenden Plan folgende Bestimmungen von Interesse:

1. Im Falle des Ausscheidens von Mitgliedern aus dem Rat vor Ablauf ihrer Mandatsdauer hat in der nächsten Völkerbundsversammlung eine Nachwahl zu erfolgen und zwar nur für die Laufzeit des freigewordenen Mandats.

2. Während normalerweise einer nicht begrenzten Zahl von Mitgliedern die Wiederwählbarkeit mit Zweidrittelmehrheit verliehen werden kann, von denen jedoch nie mehr als drei gleichzeitig dem Rat angehören dürfen, wird in den Uebergangsbestimmungen für 1926 bestimmt, daß die Wiederwählbarkeit im höchsten Falle drei Mitgliedern verliehen werden darf. In allen Fällen ist die Zahl der erlangten Stimmen entscheidend, dergestalt, daß die Mitglieder mit den wenigsten Stimmen, auch wenn sie Zweidrittelmehrheit erlangt haben, ausfallen.

Weiter wird in den Uebergangsbestimmungen festgestellt, daß die Versammlungen von 1927 und 1928 ganz ausnahmsweise die Wiederwählbarkeit weiteren Mitgliedern verleihen können, auch wenn schon 1926 die vorgesehene Höchstzahl von drei Mitgliedern diese Eigenschaft erlangt haben sollte. Die übrigen Bestimmungen entsprechen den bereits bekannten Vorschlägen der Studienkommission für die Ratsreform.

Empfang der englischen Presse durch Dr. Stresemann.

Genf, 14. September. Reichsminister Dr. Stresemann empfing heute aus Anlaß des Austausches und der Niederlegung der Ratifikationsurkunden über den Vertrag von Locarno die in Genf anwesenden Vertreter der englischen Presse. Dr. Stresemann wies in seinen Ausführungen auf die Vorgeschichte und die politische Bedeutung des Locarnovertrages hin unter besonderer Hervorhebung des bedeutsamen Anteils, den der englische Minister des Aeußern, Sir Austen Chamberlain gehabt habe. Dem Genannten, sowie der englischen Regierung Dank auszusprechen für ihre wertvolle Tätigkeit beim Zustandekommen des Werkes von Locarno sei ihm heute Pflicht und Bedürfnis.

Der Zusammenhang zwischen dem Werk von Locarno und dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund sei nicht nur formaler Natur: Beide Tatsachen bedeuteten die bewußte und entschlossene Abkehr von einer Politik der gegenseitigen Bekämpfung und dem Uebergang zu dem System der europäischen Verständigung und der darauf aufgebauten Zusammenarbeit. Voraussetzung solcher Verständigung sei ein Geist des Vertrauens, der zunächst bei den Führern vorhanden sein und von da aus in den Völkern sich ausbreiten müsse. In den am Locarnowerk beteiligten Ländern sei die damalige deutsche Anregung zu einem Sicherheitspakt zunächst auf starkes Mißtrauen gestoßen, und es sei erst im Laufe der Zeit gelungen, dieses Mißtrauen in den einzelnen Ländern zu zerstreuen. Auch sonst hätten sich im Laufe der Verhandlungen viele Schwierigkeiten ergeben, die mehrfach, wie in London und bei den Frühjahrsverhandlungen in Genf, zu ernsten Krisen geführt hätten. Ihre Ueberwindung sei neben dem Willen aller zu vertrauensvoller Zusammenarbeit nicht zum mindesten der wertvollen Mittlertätigkeit der englischen Politik zu verdanken. Minister Stresemann wies anschließend darauf hin, daß die deutsch-französische Verständigung keine Beeinträchtigung der englischen Interessen bedeute. Dies gelte auch von den Verhandlungen über einen Eisenpakt, an denen die englische Industrie auf Grund eigener Entschließung sich nicht beteilige. Zum Schluß gab der Minister der Hoffnung Ausdruck, daß das gemeinsame Werk von Locarno sich zum Wohle aller Beteiligten immer weiter auswirken möge.

Die Besprechungen zwischen Grandi und Chamberlain.

Genf, 14. September. Die Schweizerische Depeschen-Agentur meldet: In der Besprechung zwischen Grandi und Chamberlain, die gestern abend stattfand, wurde eine Reihe interessanter auch außereuropäischer Probleme berührt. Wie verlautet, soll nicht nur die abessinische Frage angeschnitten, sondern auch das Tanger-Problem ziemlich eingehend erörtert worden sein. Hierbei war eine gewisse Uebereinstimmung zwischen dem englischen und italienischen Standpunkt festzustellen.

Zusammentritt der ersten juristischen Kommission in Genf.

Genf, 14. September. Heute früh trat die erste (juristische) Kommission der Völkerbundsversammlung zu einer Sitzung zusammen. Auf der Tagesordnung steht die Frage des Wahlreglements für die nichtständigen Ratssitze. Morgen sollen die Wahlen für die nichtständigen Ratssitze selbst vorgenommen werden, und übermorgen soll die erste Sitzung des neugewählten Völkerbundsrates abgehalten werden.

„Manchester Guardian" über die Besetzungsfrage.

London, 14. September. „Manchester Guardian" weist auf die natürliche Erbitterung hin, die die Anwesenheit britischer Besatzungstruppen in Wiesbaden verursache. Seit fünf Jahren habe England sich bemüht, die Deutschen vor den Franzosen zu schützen. Aus diesem Grunde seien die englischen Truppen in Deutschland geblieben. Aber es frage sich nun, ob es nicht im Interesse der künftigen Beziehungen Deutschlands und Englands besser sei, sie nunmehr zurückzuziehen.

Reichskonferenz der Bergarbeiter zur Beratung über einen internationalen Streik.

Der Deutsche Bergarbeiterverband wird, nach einer Meldung aus Bochum, am 26. September eine Reichskonferenz nach Düsseldorf einberufen, wo zu dem Beschluß der Exekutive der Bergarbeiterinternationale Stellung genommen werden soll nach dem die Landesorganisationen beauftragt werden, die Frage eines Solidaritätsstreikes für die ausgesperrten englischen Bergarbeiter in Erwägung zu ziehen.

•

Wie der „Vorwärts" aus Amsterdam meldet, hat die Bergarbeiter-Internationale zum 30. September eine Sitzung nach Ostende einberufen, um für den Fall des Scheiterns der Verhandlungen im englischen Kampf eine internationale Streikaktion zur Unterstützung der englischen Bergarbeiter einzuleiten. Der Internationale Gewerkschaftsbund hat bisher, abgesehen von 1½ Million Gulden Darlehen, 225 000 Gulden als Beitrag der Landeszentrale für die englischen Bergarbeiter überwiesen.

Beratungen über die Kohlenfrage im englischen Kabinett.

London, 14. September. Das Kohlenkomitee des Kabinetts erörterte die durch die ablehnende Antwort der Bergwerksbesitzer entstandene Lage und stellte einen Bericht fertig, der der Kabinettssitzung am Donnerstag vorgelegt werden soll, auf der voraussichtlich Baldwin den Vorsitz führen wird.

Zusammenstöße zwischen Faschisten und Carabinieri in Triest.

Laibach, 14. September. Nach einer Meldung aus Triest, soll es dort am Montag zu Zusammenstößen zwischen Faschisten und Carabinieri gekommen sein, wobei zwei Faschisten und ein Carabinieri schwer verletzt wurden. Gestern ist ein Faschist seinen Wunden erlegen. Die übrigen zwei Verwundeten ringen mit dem Tode.

Deutsche Demokratische Partei und bürgerliche Sammlungsfront in Sachsen.

Die Deutsche Demokratische Partei hat auf Einladung hin an den Besprechungen teilgenommen. Sie hat dabei mehrfach versucht, eine Aussprache über die Vorteile und die Nachteile einer sogenannten bürgerlichen Einheitsfront herbeizuführen und die gegen eine solche bestehenden Bedenken geltend zu machen. Eine solche Aussprache ist in den Verhandlungen immer verhindert, vielmehr ist gefordert worden, der Einheitsliste unbedingt zuzustimmen. Die Deutsche Demokratische Partei hat darauf aufmerksam gemacht, daß von einer bürgerlichen Einheitsfront doch nicht die Rede sein kann, wenn große, auch wirtschaftlich bedeutsame Berufsgruppen und Volksschichten, soweit sie auf nichtsozialistischem Boden stehen, von einer solchen ausgeschlossen werden. Daraufhin hat man nun zwar nachträglich noch den Deutschen Beamtenbund und den Deutschen Gewerkschaftsring hinzuzuziehen versucht, aber die Absicht, im wesentlichen eine Vereinigung der sogenannten produzierenden Berufe und der wirtschaftlich und politisch rechtsstehenden Kreise herbeizuführen, ist doch zu deutlich erkennbar, als daß diese zunächst ausgeschlossenen Kreise sie nicht hätten erkennen sollen. Sie lehnen eine Beteiligung unter Berufung auf ihre politische Neutralität ab. Unter diesen Umständen bedeutet aber die Zusammenfassung einseitig wirtschaftlich und politisch Interessierter nicht eine Vereinheitlichung, sondern eine um so tiefere, die Gegensätze schärfer betonende Zersplitterung unseres Volkes.

Es ist durchaus verständlich, daß die Parteien, denen die Führer der sich jetzt absplitternden Parteien (der Völkischen und der Wirtschaftspartei) bisher angehört haben, sich bemühen, die den Führern folgenden Massen sich zu erhalten. Aber käme es diesen Führern wirklich auf die Einigung an, so könnten sie diese sehr einfach erreichen, wenn sie bei den Parteien blieben, bei denen sie jetzt sind. Dann könnte es bei den bestehenden drei bürgerlichen Parteien bewenden. Diese könnten sich untereinander verständigen, den Wahlkampf anständig zu führen. Damit wäre das Nötige erreicht. Eine Vereinigung aber, die auch den Unruhestiftern zu willen ist, muß Tausende von Wählern, die einen wirklich inneren Frieden unseres Volkes erstreben, vor den Kopf stoßen. Und statt einer Stärkung des Bürgertums muß eine Schwächung eintreten.

Die bürgerliche Einheitsfront richtet sich gegen die bestehende große Koalition. Diese ist aus den schwersten Erschütterungen des Landes hervorgegangen und in schweren politischen Kämpfen entstanden. Sie ist der Erfolg einer auf das Wohl des Ganzen gerichteten nüchternen Realpolitik der beteiligten Parteien: der Deutschen Volkspartei, der Deutschen Demokratischen Partei und der Alten Sozialdemokratie. Sie ist unbestritten für unser Land zum Segen geworden. Die Deutsche Demokratische Partei hat an dem Zustandekommen der großen Koalition bedeutsamen Anteil. Sie müßte befürchten, daß sie der Verleugnung der eigenen bisherigen Politik und der Untreue gegen ihre bisherigen Bundesgenossen geziehen würde, wenn sie ihre Politik jetzt entgegengesetzt einstellen würde. Wie groß oder wie gering die Aussichten auf deren Fortbestehen sind, kann niemand sagen. Wenn Einsicht, ruhige Ueberlegung und Rücksicht auf das Wohl des ganzen Volkes unser Bürgertum beherrschte, so würde es, so müßte es im Wahlkampf zu den Parteien stehen, die ihm trotz aller Beschwernisse, die keine Regierung beseitigen kann, Ruhe und Ordnung in Sachsen gebracht haben.

Die Bildung einer wirtschaftlich und politisch rechtsorientierten bürgerlichen Einheitsfront, die ihre Spitze auch gegen die Alte Sozialdemokratie richtet, muß die verhängnisvolle Wirkung haben, daß der große moralische Erfolg verloren geht, den durch die große Koalition die Staatsidee in der Sozialdemokratie errungen hat, daß Linksblock wieder zusammengeschweißt und der radikale Flügel der Sozialdemokratie gestärkt wird. Sie wird zugleich bewirken, daß, wenn die Linksparteien die Mehrheit erhielten, das sozialistisch-kommunistische Regiment wieder aufsteht. Die Schuld daran hätten natürlich nicht Einigungsbestrebungen schlechthin, sondern die Einigungsbestrebungen auf einer falschen Grundlage und mit einer falschen Zielrichtung. Die Deutsche Demokratische Partei erstrebt den Zusammenschluß der verfassungstreuen, staatsbejahenden Parteien der Mitte; dieser allein sichert unserem Volke die innere Befriedigung. Nichts anderes als diese erstrebt die Deutsche Demokratische Partei, wenn sie sich im Wahlkampf auf sich allein gestellt sieht.

Abg. Prof. Dr. Kastner über die Politik der Demokratischen Partei.

Landtagsabgeordneter Prof. Dr. Kastner sprach in Pirna über die Politik der DDP. Seinen mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen entnehmen wir folgendes: Der Einzug Deutschlands in den Völkerbund, dessen Bedeutung man gewiß nicht überschätzen, aber auch nicht unterschätzen darf, gibt Anlaß zu der Feststellung, daß schließlich doch die von der Demokratischen Partei seit Anbeginn geforderte Politik würdevoller, sachlicher Verständigung mit den anderen Völkern der Welt, allein zu einem, wenn auch langsamen, so doch sicheren Wiederaufstieg führe. Die Anforderungen der Demokratischen